

Antrag A3005: Extremismus bekämpfen, Demokratie beleben, Bürgerrechte bewahren

Antragsteller/in: LV Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Extremismus bekämpfen, Demokratie beleben,** 2 **Bürgerrechte bewahren**

3 Wir Freie Demokraten bekennen uns mit Nachdruck zur freiheitlich-
4 demokratischen Grundordnung und den Werten des Grundgesetzes. Im
5 Mittelpunkt unserer Politik steht der einzelne Mensch – unabhängig von
6 Herkunft, Religion, Beruf, Geschlecht, Hautfarbe oder Sexualität. Wir sehen
7 es als unsere Pflicht an, für Toleranz, Akzeptanz und Integration eines
8 jeden in der Gesellschaft einzutreten. Wir stehen zu Meinungsfreiheit und
9 Pressefreiheit, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit.
10 Diese Werte sind zuletzt durch die Polarisierung der Gesellschaft,
11 politischen Extremismus und religiösen Fundamentalismus zunehmend in
12 Gefahr. Der Mord an Walter Lübcke reihte sich ein in eine Liste von Namen
13 von 170 Menschen, die allein seit dem Jahr 1990 von Rechtsextremen in
14 Deutschland ermordet wurden. Doch auch die Gefahr von links darf man nicht
15 unterschätzen. Die Morddrohung an Judith Skudelnny, der erneute
16 Brandanschlag auf das Auto von Gunnar Schupelius und die gewalttätigen
17 Ausschreitungen der Silvesternacht in Leipzig führen uns erneut vor Augen,
18 wie weit sich die Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft bereits
19 fortgesetzt hat. Das von antiliberalen Kräften erzeugte Gemisch aus
20 Desinformation, Propaganda, digitalem Waffenarsenal, importierten
21 Konflikten, Gewaltbereitschaft und Terror ist Gift für die offene
22 Gesellschaft. Ängste, negative Emotionen und pauschale Ausgrenzung machen
23 den Einzelnen klein und Kollektive groß. Dem wollen wir entgegenwirken.

24 **Extremismus bekämpfen**

25 Der effektivste Kampf gegen Extremismus ist, ihn gar nicht erst entstehen
26 zu lassen. Daher brauchen wir staatliche Unterstützung für
27 Präventionsangebote gegen religiösen Extremismus und radikalen Salafismus
28 sowie Programme gegen Links- und Rechtsextremismus. Gerade im Bereich des
29 Linksextremismus ist die Anzahl an Präventionsprogrammen generell und
30 Aussteigerprogrammen im Besonderen überschaubar. Diese Programme müssen

31 gestärkt und ausgebaut werden. Wir setzen uns für eine intensivere
32 Erforschung von allen Spielarten von Extremismus und Fundamentalismus ein.
33 Wir fordern von Bund und Ländern, bundesweit 30 Millionen Euro
34 bereitzustellen, um die Förderung von Programmen, Maßnahmen und Aktionen
35 gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausländerhass sowie Linksextremismus
36 sowohl in Politik als auch Gesellschaft zu verstärken. Wir fordern die
37 Einrichtung von Meldestellen, die antisemitische Vorfälle dokumentieren und
38 darüber hinaus die betroffenen Personen beraten und unterstützen. Milieus
39 und Tätergruppen müssen klar identifiziert werden, sodass Präventions- und
40 Aufklärungsmaßnahmen gezielt ergriffen werden können. Auch die zweite
41 deutsche Diktatur und darüber hinaus weitere sozialistische
42 Menschenrechtsverbrechen weltweit müssen Teil des Geschichtsunterrichts
43 sein. Die politische Bildung muss Linksextremismus thematisieren und für
44 davon ausgehende Probleme sensibilisieren. Wir wehren uns gegen Versuche,
45 die SED-Diktatur zu relativieren und fordern eine bessere finanzielle
46 Ausstattung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Über 40
47 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sind dafür verantwortlich, die
48 Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Im
49 Kampf gegen Extremisten und Terroristen führt das zu Doppelarbeiten und
50 Reibungsverlusten. Zu oft sind zu viele Behörden zuständig und wenn es
51 darauf ankommt niemand verantwortlich. Deshalb fordern wir Freie Demokraten
52 die Einsetzung einer Föderalismuskommission III im Bereich der Inneren
53 Sicherheit, um unserer föderalen Sicherheitsarchitektur ein Update auf das
54 21. Jahrhundert zu verpassen. Verantwortlichkeiten müssen klar benannt und
55 den veränderten Sicherheitsbedingungen zugeordnet werden. Hierbei darf die
56 Fusion einzelner Behörden von Polizei und Nachrichtendiensten oder eine
57 verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen von Staatsverträgen der Länder kein
58 Tabuthema sein. Außerdem gilt es, die gemeinsamen Zentren von Bund und
59 Ländern wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) endlich auf eine
60 Rechtsgrundlage zu stellen, die den Informationsaustausch im Rahmen des
61 verfassungsrechtlich gebotenen Trennungsgebots klar regelt und
62 Federführungen von länderübergreifenden Fallbearbeitungen schafft. Wir
63 fordern darüber hinaus analog zu dem bereits bestehenden
64 Risikobewertungsinstrument RADAR-iTE für islamistischen Terrorismus und dem
65 nach dem Anschlag von Halle im Aufbau befindlichen Analysetool RADAR rechts
66 für den Bereich des Rechtsextremismus ein vergleichbares
67 Bewertungsinstrument zur Einstufung linksextremer Gefährder.

68 **Demokratie beleben**

69 Demokratie ist eine Lebensform, für die Kulturtechniken des Zuhörens, des

70 sachlichen Widerspruchs und kollektiver Entscheidungen sowie Rechte und
71 Pflichten erlernt werden müssen. Deshalb wollen wir die weltbeste
72 politische Bildung. Die beste Schule der lernenden Demokratie ist dabei die
73 demokratische Praxis selbst: Das Engagement in der Bürgerschaft,
74 betriebliche Mitverantwortung und vielfältige politische Teilnahme, vor
75 allem in der Kommune. Jede Schule soll ein dezentral selbst verantworteter
76 Lernort sein, an dem Kinder und Jugendliche jene kritische Urteilsfähigkeit
77 lernen, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können.
78 Politische Bildung muss bereits im Unterricht der Primarstufe verankert
79 sein. Politische Jugendorganisationen leisten einen unverzichtbaren Beitrag
80 zur politischen Bildung junger Menschen. Wir begrüßen die verstärkte
81 finanzielle Förderung von politischen Stiftungen und Ringen Politischer
82 Jugend. Wichtige Orte politischer Erwachsenenbildung sind duale
83 Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaft
84 und Universitäten. Sie bedürfen einer Kultur der offenen Debatte und
85 zivilen Widerspruchs. Zensur, Safe Spaces und Trigger Warnings lehnen wir
86 ab. Dem Bekenntnis zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung
87 entsprechende politische Bildung darf kein Mittel der Indoktrination sein,
88 sondern muss Dialogfähigkeit fördern und zur selbstständigen
89 Interessensvertretung ermutigen. Politische Bildung steht in Zeiten der
90 Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung,
91 Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. Dazu
92 gehört etwa die Befähigung, Quellen kritisch zu hinterfragen. Unser Ziel
93 muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen. Wir
94 fordern eine Offensive für Politische Bildung des Bundes, die besonders
95 wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigt, finanziell
96 fördert und zu ihrer Verbreitung ermutigt. Das Fundament der streitbaren
97 Demokratie ist der rechtsstaatliche Schutz des Menschenrechts der
98 Meinungsfreiheit und der Medienfreiheit, ohne die es keine liberale
99 Öffentlichkeit geben kann. Wir Freie Demokraten streiten für ein robustes,
100 bürgerschaftlich tief verwurzeltes Verständnis der Meinungsfreiheit.
101 Meinungsfreiheit ist nicht nur ein Schutzrecht gegenüber dem Staat, sondern
102 erfordert auch eine republikanische Kultur der Meinungsfreiheit. Wir
103 sprechen offen und mit Respekt und Höflichkeit über jegliche Art von
104 Unterschieden zwischen Menschen. Alle Menschen verdienen Respekt, jedoch
105 bedürfen manche Überzeugungen auch dem entschiedenen Widerspruch. Bürger
106 treffen ihre eigenen Entscheidungen und tragen dafür die Konsequenzen,
107 einschließlich öffentlicher Kritik. Von religiösen Führern erwarten wir
108 eine deutliche Absage an Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt
109 und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen.

110 **Bürgerrechte bewahren**

111 Die Wahrung der Bürgerrechte ist für uns nicht davon abhängig, ob auch wir
112 selbst Opfer von Straftaten werden. Eine Sicherheitspolitik, die
113 schreckliche Ereignisse jedes Mal dazu nutzt, um verfassungsrechtlich
114 bedenkliche Einschränkungen der Bürgerrechte durchzudrücken, ist in
115 höchstem Maße zynisch. Das Recht ist an allgemeingültigen Grundsätzen
116 auszurichten und nicht an tagespolitischen Opportunitäten. Wir bleiben bei
117 unserer Ablehnung von Überwachungsmaßnahmen mittels Schadsoftware, wie etwa
118 der Online-Durchsuchung und der unverhältnismäßigen Quellen-
119 Telekommunikationsüberwachung. Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung und
120 eine Passwort-Herausgabepflicht ebenso ab wie die Privatisierung der
121 Aufgaben von Strafverfolgungsbehörden durch das
122 Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Begründung

Erfolgt mündlich.